

II-10208 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrat und der Gesetzgebungsperiode

Nr. 4994 AJ

1993-06-17

A N F R A G E

des Abgeordneten Srb, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend die Einstellung von behinderten Menschen nach dem Behinderten-einstellungsgesetz im Bereich Bereich der Länder sowie der Städte und Gemeinden

Das Behinderteneinstellungsgesetz sieht u.a. vor, daß alle Dienstgeber, die 25 oder mehr Dienstnehmer beschäftigen, verpflichtet sind, auf je 25 Dienstnehmer mindestens einen begünstigten Behinderten einzustellen.

Gerade die öffentliche Dienststellen gehen jedoch - zum großen Ärger der davon betroffenen behinderten Menschen - trotz ihrer zweifelsohne vorhandenen Vorbildwirkung nicht mit gutem Beispiel voran, sondern kommen zumeist in einem erschreckend hohen Ausmaß ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Einstellungspflicht nicht nach. Dies ist auch eine der Hauptursachen für die hohe Arbeitslosenrate behinderter Menschen.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an Sie folgende

A N F R A G E

- 1) Wie hoch ist die Pflichtzahl für den Bereich der Bundesländer (aufgegliedert nach den einzelnen Ländern)?
- 2) Wie hoch war die Anzahl der tatsächlich besetzten Pflichtstellen für die einzelnen Bundesländer im Kalenderjahr 1992 (aufgegliedert nach Ländern)?
- 3) Wie hoch war die Anzahl der offenen Pflichtstellen für die einzelnen Bundesländer im Jahr 1992 (aufgegliedert nach Ländern)?
- 4) Wie hoch war die Ausgleichsabgabe, welche die einzelnen Bundesländer im Jahr 1992 an den Ausgleichstaxfonds leisten mußten?
- 5) Wie hoch ist die Pflichtzahl für den Bereich der Städte und Gemeinden (aufgegliedert nach allen einstellungspflichtigen Städten und Gemeinden)?
- 6) Wie hoch ist die Anzahl der tatsächlich besetzten Pflichtstellen für die jeweiligen Städte und Gemeinden im Kalenderjahr 1992 (aufgegliedert nach Städten und Gemeinden)?
- 7) Wie hoch ist die Anzahl der offenen Pflichtstellen für die einzelnen Städte und Gemeinden im Kalenderjahr 1992 (aufgegliedert nach Städten und Gemeinden)?

- 8) Wie hoch war die Ausgleichstaxe, welche die einzelnen Städte und Gemeinden in Kalenderjahr 1992 (aufgegliedert nach Städten und Gemeinden) bezahlen mußten?
- 9) Sind Sie, als der für die Durchführung dieses Gesetzes zuständige Bundesminister, bereit, sich verstärkt für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen im Bereich der Bundesländer sowie der Städte und Gemeinden einzusetzen?
Wenn nein, warum nicht?
- 10) Welche konkreten Maßnahmen haben Sie in dieser Causa im vorigen Jahr gesetzt?
- 11) Welche konkreten Maßnahmen werden Sie in dieser Causa noch setzen?
- 12) Wann werden Sie diese konkreten Maßnahmen setzen?